

Jahresbericht 2016



Jena Center

Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History



5 Vorwort

Gastprofessur

- 6 Fritz Stern (1926-2016)
- 7 Carole Fink
- 8 David Abraham

Veranstaltungen

- 9 „Wehrmachtsausstellung“ – 20 Jahre danach
- 10 Nationen, Minoritäten, Menschenrechte
- 11 Berufsperspektiven für Historiker
- 12 Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?

Doktorandenschule

- 14 Mitglieder 2016
- 15 Zehn Jahre Doktorandenschule
- 16 Seminartage mit Carole Fink
- 18 Seminartage mit David Abraham

Forschung

- 20 Marxismus als Erfahrungsgeschichte
- 21 Die Historisierung der „Abraham Affair“
- 22 Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf
- 23 Internetportal zur Geschichte der Menschenrechte
- 24 Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte
- 24 „Holocaust Angst“ im Gespräch
- 24 Zu Gast in Princeton

Studium

- 25 Erinnerungsorte der DDR
- 26 Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts

28 Publikationen

30 Gremien



Vorwort

Zehn Jahre nach Gründung des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* war 2016 für uns ein Jahr der Freude, aber auch der Trauer: Unser ehemaliger Gastprofessor Fritz Stern, der einst den Festvortrag zur Eröffnung des *Jena Center* im Alten Schloss Dornburg gehalten hatte, starb am 18. Mai 2016 im Alter von 90 Jahren in New York. Das Gedenken an Fritz Stern, der uns und unserer Arbeit stets eng verbunden blieb, steht am Beginn dieses Jahresberichts.

Mit Carole Fink von der Ohio State University konnten wir im Sommersemester 2016 eine der renommiertesten Expertinnen auf dem Gebiet der *International History* als Gastprofessorin in Jena begrüßen; ihr folgte im Wintersemester 2016/17 der Historiker und Jurist David Abraham von der University of Miami nach, der als ausgewiesener Kenner der Migrationsgeschichte nicht nur unsere Arbeit bereicherte, sondern als kritischer Intellektueller auch unsere Diskussionen über die US-Präsidentenwahl 2016.

Das zehnjährige Jubiläum unserer Doktorandenschule begingen wir im Juni mit einem Ehemaligentreffen und einer Podiumsdiskussion zu Berufsperspektiven für Historiker nach ihrer Promotion. Nicht nur viele „Alumni“ reisten dafür von weit her an; wir haben uns darüber gefreut, dass auch unsere Stifter Dr. Nicolaus-Jürgen und Dr. Christiane Weickart wieder einmal den Weg nach Jena auf sich nahmen, um mit uns zurückzublicken und zu feiern.

Auf Initiative dreier Studierender unseres Masterstudiengangs *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts*, der sich unverändert hoher Nachfrage erfreut, kam ebenfalls im Juni eine interdisziplinäre Tagung zum Thema „Nationen, Minoritäten und Menschenrechte“ zustande, die sich explizit an Nachwuchswissenschaftler richtete. Welche Synergieeffekte aus solchen Projekten entstehen können, zeigt sich daran, dass einer der Vortragsgäste jener Tagung inzwischen mit einer kleinen Gruppe von Studierenden für den Master „GP20“ nach Jena gekommen ist.

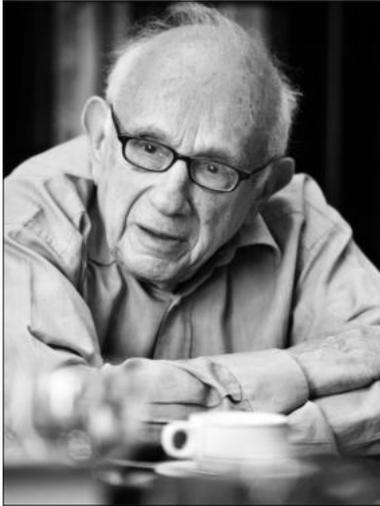
„Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?“ lautete die Frage, die wir bei unserer Jahrestagung vom 20. bis 22. Oktober in den Rosensälen zu beantworten versuchten. Dass die drei Konferenztage viele neue Erkenntnisse, aber auch weiterführende Fragen zum Verhalten des deutschen Bürgertums im Dritten Reich erbrachten, verdanken wir vor allem unseren engagierten Gästen, die von Universitäten aus Deutschland, den USA, Kanada, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich zu uns nach Jena kamen. In diesem Sinne – in der Verbindung von fachwissenschaftlicher Attraktivität und öffentlicher Relevanz – wollen wir unsere Arbeit auch im neuen Jahrzehnt des *Jena Center* fortsetzen.

Jena, im Juni 2017

Norbert Frei



Gastprofessor Fritz Stern (1926-2016)



Am 18. Mai 2016, dreieinhalb Monate nach seinem 90. Geburtstag, verstarb Prof. Dr. Fritz Stern in New York. Wir trauern um unseren ehemaligen Gastprofessor, der die Arbeit des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* seit dessen Gründung begleitet und wie kaum ein anderer bereichert hat.

Der 1926 in Breslau geborene Historiker, der mit seiner Familie 1938 in die USA emigrierte und viele Jahre an der Columbia University lehrte, hat sich nicht nur mit zahlreichen Veröffentlichungen zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, sondern auch als kritischer Beobachter und sachkundiger Berater der deutschen und amerikanischen Politik sowie der transatlantischen Beziehungen einen Namen gemacht.

Sein erstmals 1961 erschienenes Buch *Kulturpessimismus als politische Gefahr* gilt bis heute als Standardwerk zur Geschichte der geistigen Vorläufer des Nationalsozialismus. In vielen anderen Publikationen, darunter *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder* (1977), *Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht* (1987), *Verspielte Größe* (1996) und *Das feine Schweigen* (1999) hat sich Fritz Stern mit der Geschichte Deutschlands seit dem Kaiserreich befasst. Seine 2006 erschienenen Erinnerungen *Fünf Deutschland und ein Leben* geben Zeugnis seines Lebens über verschiedene politische Systeme hinweg und zwischen zwei Kontinenten.

Als das *Jena Center* im Januar 2006 im Alten Schloss Dornburg mit einer prominent besetzten Tagung eröffnet wurde, hielt der damals fast 80-jährige Fritz Stern den Festvortrag unter dem Titel *Politik und Zeitgenossenschaft im 20. Jahrhundert*. Die Universität Jena erscheine ihm als „ein selten guter Ort für die Erforschung der Geschichte des 20. Jahrhunderts“, so Stern, das nun gegründete *Jena Center* als „eine Notwendigkeit, eine Herausforderung und eine Verpflichtung“ zugleich. Im Sommersemester 2007 kehrte Stern als Gastprofessor ans *Jena Center* zurück: mit einer dreiteiligen Vortragsreihe zum Thema *Der Westen im 20. Jahrhundert* und mit sechs intensiven Seminartagen zu den Schlüsselthemen seines Forscherlebens. Den damaligen Mitgliedern unserer Doktorandenschule werden diese Seminartage für immer in Erinnerung bleiben.

Zum Andenken an Fritz Stern veranstaltete das *Jena Center* am 2. Februar 2017, seinem 91. Geburtstag, ein Symposium im Berliner Allianz Forum. Einige seiner engsten Freunde und wichtigsten Weggefährten aus Wissenschaft, Politik und Diplomatie erinnerten dort an sein Wirken als Historiker wie auch als *spectateur engagé* der Gegenwart diesseits und jenseits des Atlantiks. Dokumentiert wird das vielbeachtete Symposium in dem Band *Die Geschichte ist offen. In memoriam Fritz Stern*, der noch im Sommer 2017 im Wallstein Verlag erscheinen wird.

Gastprofessorin Carole Fink

Im Sommersemester 2016 war Carole Fink Gastprofessorin am *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Bis zu ihrer Emeritierung 2011 lehrte sie als Professorin für Geschichte an der Ohio State University. Ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen widmen sich der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, der Historiographiegeschichte und der Geschichte der internationalen Beziehungen.

Ihre akademische Laufbahn führte Carole Fink vom Bard College im Bundesstaat New York zunächst an die Yale University, wo sie 1968 mit einer Arbeit über *The Weimar Republic as Defender of Minorities, 1919-1933* bei Hajo Holborn und Hans W. Gatzke promovierte. Für ihr zweites Buch, eine Studie über *The Genoa Conference. European Diplomacy, 1921-1922* (1984), wurde sie mit dem George Louis Beer Prize der American Historical Association geehrt. 1989 legte sie mit *Marc Bloch. A Life in History* die erste Biographie des französisch-jüdischen Historikers und Widerstandskämpfers vor, die in sechs Sprachen übersetzt wurde. 2008 erschien ihr Buch *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection, 1878-1938*, eine ebenfalls mit dem George Louis Beer Prize ausgezeichnete Studie über die internationalen Bemühungen zum Schutz der Rechte von Juden und anderen Minderheiten in Europa zwischen Bismarck und Hitler. Mit *Cold War. An International History* veröffentlichte Fink 2014 eine vielbeachtete Gesamtdarstellung des Kalten Krieges. Ihr aktuelles Forschungsprojekt, eine Studie über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zwischen 1965 und 1974, untersucht die Transformation dieser besonderen Partnerschaft vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Bevor Carole Fink 1991 als Professorin an die Ohio State University berufen wurde, lehrte sie an der University of North Carolina in Wilmington, an der State University of New York in Binghamton sowie an mehreren privaten Colleges der Ostküste. Zwei Fulbright Fellowships führten sie nach Australien und nach Israel, viele andere an das Institute for Advanced Study in Princeton, das United States Holocaust Memorial Museum oder das Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, D.C.

2007 erhielt Carole Fink den Distinguished Scholar Award ihrer Universität. Neben ihrer Lehrtätigkeit in Ohio, die sie auch nach ihrer Emeritierung fortsetzt, ist sie sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Unter dem Titel *Rethinking International History. New Tools for an Old Discipline* hielt sie am 27. April 2016 einen öffentlichen Vortrag an der Friedrich-Schiller-Universität. An vier Seminartagen diskutierte sie mit den Mitgliedern unserer Doktorandenschule unter anderem über die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen und über Mythen des Kalten Krieges (siehe S. 16 f.).





Gastprofessor David Abraham



David Abraham ist Professor für Rechtswissenschaft an der University of Miami. Vor seinem Wechsel in das juristische Fach lehrte er moderne deutsche und europäische Geschichte an der Princeton University und an der New School for Social Research in New York. Im Wintersemester 2016/17 hatte er die Gastprofessur am *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* inne.

Geboren wurde David Abraham 1946 als Staatenloser in Antwerpen: Seine Eltern stammten aus der Tschechoslowakei, hatten den Holocaust überlebt und sich nach ihrer Befreiung wiedergefunden. Sie lebten zunächst in Belgien und konnten 1949 mit ihrem Sohn in die USA ausreisen. Während seines Studiums der Geschichts- und Sozialwissenschaften an der University of Chicago zählten deutsch-jüdische Emigranten zu Abrahams wichtigsten akademischen Lehrern. Als Doktorand wurde er in den siebziger Jahren vor allem von der neomarxistischen Geschichtstheorie geprägt.

1981 erschien Abrahams Dissertation *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis*, in der er die Umstände des Scheiterns der Demokratie untersuchte. Er argumentierte, dass der unausgereifte und kostenintensive Weimarer Sozialstaat unweigerlich zum Angriffsziel der vorwiegend demokratiefeindlichen Eliten aus Politik und Wirtschaft werden musste. In der Weltwirtschaftskrise hätten diese zersplitterten Kräfte auf ein Bündnis mit der NSDAP gesetzt und damit die Zerstörung der Republik willentlich in Kauf genommen. Abrahams Buch entfachte eine erbitterte Kontroverse, in der Kritiker ihm eine ideologisch begründete Missachtung wissenschaftlicher Standards unterstellten – Vorwürfe, die seine Karriere als Historiker vereitelten, auch wenn seine Thesen über das prekäre Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus bis heute Anerkennung erfahren.

In Reaktion auf diese Debatte erwarb Abraham einen zusätzlichen juristischen Dokortitel und lehrt seit 1991 an der Law School der University of Miami. Seine Forschungen sind an der Schnittstelle von Geschichts- und Rechtswissenschaft angesiedelt: In vielen Publikationen hat er sich mit dem Wandel des Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrechts in der neoliberalen Ära sowie mit Debatten über gesellschaftliche Solidarität und Integration auseinandergesetzt. Zahlreiche Fellowships führten Abraham an renommierte Forschungseinrichtungen in den USA, Großbritannien, Australien, Israel, Frankreich und mehrfach auch nach Deutschland.

In Jena arbeitete David Abraham an Forschungsprojekten zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates und zur deutschen „Beschneidungsdebatte“ des Jahres 2012. Am 26. Oktober 2016 hielt er einen Vortrag zum Thema *Migration, Integration, and the Welfare State. The Cesura of 2015* in den Rosensälen. Auch seine Seminartage in der Doktorandenschule waren der Migrationsgeschichte und -politik im 19. und 20. Jahrhundert gewidmet (siehe S. 18 f.).

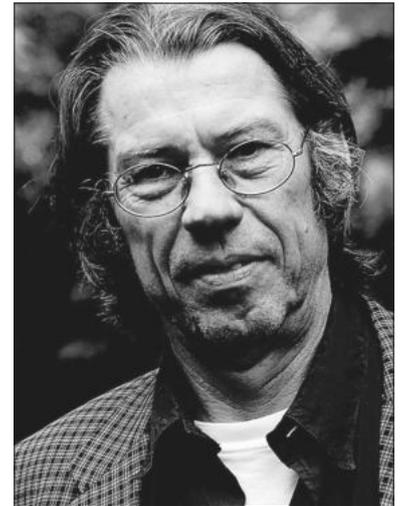
„Wehrmachtsausstellung“ – 20 Jahre danach

Im März 1995 wurde im Hamburger Kulturzentrum „Kampnagel“ die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* eröffnet. Konzipiert worden war sie am Hamburger Institut für Sozialforschung unter der Leitung von Hannes Heer. Erklärtes Ziel der Ausstellungsmacher war es, am Beispiel dreier ausgewählter Verbrechenkomplexe des Zweiten Weltkriegs in Serbien, Weißrussland und der Ukraine mit der über Jahrzehnte wirkmächtigen Legende von der „sauberen Wehrmacht“ aufzuräumen.

Anhand einer Vielzahl zeitgenössischer Fotografien dokumentierte die Ausstellung die aktive Beteiligung der deutschen Wehrmacht an der Judenvernichtung, der Plünderung der besetzten Gebiete und der massenhaften Ermordung von Zivilisten und Kriegsgefangenen – Erkenntnisse, die von der Forschung zwar bereits erbracht worden, aber noch nicht in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit vorgedrungen waren. Die Ausstellung, die zwischen 1995 und 1999 in 34 deutschen Städten von mehr als 900.000 Besuchern gesehen wurde und bald nur noch unter dem pauschalisierenden Begriff der „Wehrmachtsausstellung“ verhandelt wurde, entfachte eine heftige und über mehrere Jahre anhaltende Debatte in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit.

Etwas mehr als 20 Jahre nach der Eröffnung – denn ihren Höhepunkt erreichte jene Debatte in den Jahren 1996 und 1997 – war Hannes Heer am 10. Februar 2016 zu Gast im Jenaer Zeitgeschichtlichen Kolloquium, um einen bilanzierenden Rückblick auf die bewegte Geschichte der Ausstellung zu wagen. Im Zentrum seines Vortrags stand die Kritik, die ihm damals nicht nur aus dem rechtsnationalen und rechtsradikalen Milieu, sondern auch aus der Wissenschaft und den Feuilletons entgegenschlug – eine Kritik, die in einigen Fällen fehlerhafte Quellennachweise monierte, viel öfter aber die Grundthese der Ausstellung in Zweifel zog und nicht nur das Bild der Wehrmacht, sondern auch dasjenige der Bundeswehr in unrechtmäßig verallgemeinernder Weise „beschmutzt“ sah.

Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die „zweite Geschichte“ der Ausstellung, die 1999 unter ein Moratorium gestellt und erst 2001, auf der Grundlage des Gutachtens einer wissenschaftlichen Kommission, in einer überarbeiteten Fassung wieder gezeigt wurde. Eine Kontroverse über die Verbrechen der Wehrmacht sei in dieser Vehemenz heute nicht mehr denkbar, so Norbert Frei: Nur die spezifische Generationenkonstellation zum Ende der neunziger Jahre, als viele Veteranen noch lebten, erkläre die Heftigkeit der damaligen Reaktionen. Hannes Heer schmiedet trotz vieler frustrierender Erfahrungen neue Pläne, wie er erklärte: Eine dritte „Wehrmachtsausstellung“ sei vonnöten – über die bislang zu wenig beachteten Verbrechen deutscher Truppen in Griechenland, Frankreich und Italien.





Nationen, Minoritäten, Menschenrechte



Nicht erst seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 sind Fragen nach der universellen Gültigkeit von Menschen- und Minderheitenrechten unabhängig von der nationalen Herkunft eines Menschen Gegenstand öffentlicher Debatten und wissenschaftlicher Untersuchungen. Kategorien und Konzepte wie „Nation“, „Minorität“ und „Menschenrechte“ haben die Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt, und nicht selten waren sie Auslöser und Objekt politischer und gesellschaftlicher Krisen und Konflikte.

Svea Lehmann, Robert Pursche und Benedikt Rothhagen – Studierende des Masterstudiengangs *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* – griffen diese Debatten auf und organisierten einen Workshop zum Thema *Nationen, Minoritäten und Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, der vom 6. bis 9. Juni 2016 im Auditorium der Jenaer Graduiertenakademie stattfand und jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit bot, ihre Forschungsprojekte zur Diskussion zu stellen. Ausgehend von verschiedenen Ansätzen aus Geschichtswissenschaft, Kunstgeschichte, Politikwissenschaft und Soziologie suchten die Teilnehmer der Tagung nach Antworten auf folgende Fragen: Wie entstanden im 20. Jahrhundert kollektive Identitäten und Zugehörigkeitszuschreibungen? Wie kam es zur Exklusion bestimmter Minderheiten, und mit welchen Mitteln und Argumenten wurde sie durchgesetzt? Welche Rolle spielt die Erinnerung an zurückliegende Diskriminierungs- und Verfolgungserfahrungen für die Konstituierung von Gemeinschaft?



In sieben Panels präsentierten 16 Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland ihre Thesen zu einer Vielzahl von Themen unter Stichpunkten wie „Subjektivität und Menschenrechte“, „Praktiken nationaler Selbstvergewisserung“ oder „Menschenrechte in Bewegung“: von Carl Schmitts Idee einer „homogenen Demokratie“ über die Geschichte der jüdischen Minderheit in der Ukraine und Konstruktionen des Nationalstaates in Südosteuropa bis hin zur Bürger- und Menschenrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland. Den Abschluss der Tagung bildete ein Abendvortrag von Dr. Miriam Rürup, der Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, zum Thema *Staatenlosigkeit: Über Grenzen nationaler Zugehörigkeit in den Nachkriegsjahrzehnten*. Auch eine Exkursion zur Gedenkstätte Buchenwald und ein Besuch der dort kurz zuvor eröffneten neuen Dauerausstellung gehörten zum Programm des viertägigen Workshops.

Großzügig gefördert wurde die Tagung durch die Ernst-Abbe-Stiftung, den Deutschen Akademischen Austauschdienst und das *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Die Abstracts aller vorgestellten Projekte können unter gp20.hypotheses.org nachgelesen werden.

Berufsperspektiven für Historiker

Was sind typische, was untypische Berufswege „nach der Promotion“? Welchen Beitrag kann die Universität, was können Graduiertenprogramme zum Kompetenzerwerb der Promovierenden leisten? Woran entscheidet sich, welche Berufswege Historiker nach ihrer Promotion einschlagen? Wo liegen strukturelle Probleme in der universitären Ausbildung, und was muss geändert werden, um die Berufschancen promovierter Historiker zu verbessern? Das zehnjährige Jubiläum der Doktorandenschule des *Jena Center* (siehe auch S. 15) bot Anlass, diese Fragen aus wissenschaftlicher, hochschulpolitischer, aber auch aus ganz persönlicher Perspektive zu beleuchten. Die von Prof. Dr. Norbert Frei moderierte Podiumsdiskussion unter dem Titel *Nach der Promotion: Berufsperspektiven für Historiker* fand am 22. Juni 2016 im Auditorium der Jenaer Graduiertenakademie statt.

Die Historikerin Nora Hilgert lieferte wichtige Diskussionsbeiträge aus zwei Perspektiven: Zum einen ist sie als Geschäftsführerin des Historikerverbands mit Fragen der Nachwuchsförderung befasst, zum anderen musste sie ihre Dissertation neben ihrer Berufstätigkeit fertigstellen – eine Herausforderung, mit der viele Promovierende nach Ablauf ihrer Stipendienzeit konfrontiert sind. Auch Anne Giebel, die für mehrere Semester Mitglied der Doktorandenschule des *Jena Center* war, hatte mit dieser Doppelbelastung zu kämpfen, als sie nach dem Ende ihrer Förderungszeit bei der Studienstiftung eine Stelle bei der OSZE in Warschau antrat; inzwischen hat sie dort gekündigt, um ihre Dissertation über die Medienfigur Hans Rosenthal fertigzustellen. Bernd Wagner, der 1997 an der Ruhr-Universität Bochum in Neuester Geschichte promovierte, entschied sich gleich nach Abschluss seiner Dissertation für den Weg in die freie Wirtschaft und ist seit vielen Jahren im Bereich IT-Consulting tätig. Bereut hat er diesen Schritt nie, wie er berichtete, profitiert aber bis heute von den vielfältigen Kompetenzen, die er durch seine geisteswissenschaftliche Promotion erlangt hat.

Die Soziologin Ester Ava Höhle vom International Center for Higher Education Research an der Universität Kassel präsentierte Ergebnisse verschiedener Langzeitstudien zu den Karrierechancen promovierter Geisteswissenschaftler. Nur die wenigsten von ihnen, so zeigen die Studien, finden im ersten Jahr nach Abschluss ihrer Doktorarbeit keine Anstellung – ein Ergebnis, das der landläufigen Vorstellung vom verbreiteten Typus des „promovierten Taxifahrers“ widerspricht. Dass es bei der Förderung Promovierender dennoch Verbesserungsbedarf gibt, räumte der Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Prof. Dr. Walter Rosenthal ein. Mit der 2006 gegründeten Graduiertenakademie der Universität Jena seien aber bereits vielfältige Möglichkeiten für Zusatzqualifikationen sowie Beratungsangebote geschaffen worden. Nach der Diskussion waren alle Gäste der Veranstaltung und des vorangegangenen Ehemaligentreffens der Doktorandenschule zu einem Empfang eingeladen.





Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?



Das Versagen des deutschen Bürgertums vor der Herausforderung des Nationalsozialismus scheint auf den ersten Blick evident. Auf den zweiten Blick ist die Diagnose weniger eindeutig – und legt die Frage nach bürgerlichen Beharrungskräften ebenso nahe wie die nach spezifischen Strategien der Aneignung und Umdeutung des nationalsozialistischen Projekts. „Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?“ lautete daher die Leitfrage eines internationalen Symposions, welches das *Jena Center* vom 20. bis 22. Oktober 2016 in den Rosensälen der Friedrich-Schiller-Universität veranstaltete.

Norbert Frei wies einleitend darauf hin, dass in der Debatte über die NS-Volksgemeinschaft nur selten nach Kontinuitäten in deren sozialer Komposition gefragt worden sei. Dabei habe sich gerade das bürgerliche Distinktionsbewusstsein bis in die letzte Kriegsphase hinein auf vielfältige Weise artikuliert und manifestiert. Lediglich nach Residuen des Bürgerlichen im Nationalsozialismus zu suchen, ergebe jedoch wenig Sinn, weil dies einen prinzipiellen Gegensatz zwischen NS-Regime und Bürgertum unterstelle, den es so nie gegeben habe. Gefragt werden müsse vielmehr, wie sich das Bürgertum im Dritten Reich zurecht- und wiederfand, wie es seine Interessen und Überzeugungen wahrte oder aufgab, wie und wo es sich anverwandelte, einfügte oder widerstand – und wie es nach 1945 darauf zurückblickte. Die Vorstellung von einer „Rückkehr in die Bürgerlichkeit“ (Ulrich Herbert) in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre sei jedoch auch deshalb zu hinterfragen, weil dieses Narrativ den Zeitgenossen selbst immer wieder als Argument der Abstandsgewinnung und Selbstentlastung gedient habe.



„Bürger in der Krise. Hoffnungen und Befürchtungen 1930-1934“ lautete der Titel des ersten Panels, moderiert von Sybille Steinbacher (Wien). Dass die NSDAP auch für große Teile des Bürgertums im Zeichen der Krisenwahrnehmung der frühen dreißiger Jahre wachsende Attraktivität entfaltete, zeigten die Vorträge über „Führer-Erwartungen im protestantischen Bürgertum“ von Manfred Gailus (Berlin) und über „Liberale zwischen Rückzug und Anpassung“ von Eric Kurlander (DeLand). Kerstin Thieler (Göttingen) unterstrich die besondere Anziehungskraft, die das antibürgerlich-revolutionäre Moment der NS-Bewegung gerade auf Studierende bürgerlicher Herkunft ausübte. Mark Roseman (Bloomington) analysierte die Reaktionen des deutsch-jüdischen Bürgertums auf die „Machtergreifung“; in ihrem Streben nach Stabilisierung des eigenen Lebens in Zeiten zunehmender Entrechtung hätten viele deutsche Juden an der Vorstellung einer Unvereinbarkeit von Bürgerlichkeit und Nationalsozialismus festgehalten und damit dessen Anziehungskraft und Gefährlichkeit anfänglich unterschätzt. Thomas Großbölting (Münster) konstatierte in seinem Kommentar, dass eine bilanzierende Deutung bürgerlicher Reaktionen auf den Aufstieg des Nationalsozialismus angesichts der Heterogenität des Bürgertums kaum einzulösen seien.



Das zweite Panel, geleitet von Annette Weinke (Jena), nahm unter dem Schlagwort „Bürger in Braun“ die Konsolidierungsphase des NS-Regimes zwischen 1934 und 1939 in den Blick. Dass sich das Bürgertum in den „guten Jahren“ des Dritten Reiches nicht nur mit den „Zumutungen“ einer Politik der Entbürgerlichung konfrontiert sah, sondern auch eine erstaunlich rasche Hinwendung zum Nationalsozialismus vollzog, zeigten die Vorträge von Dietmar Süß (Augsburg) über „Bürgertum, Volks- und Leistungsgemeinschaft“, von Cornelia Rauh (Hannover) über „Autarkie, Eigentum und Arisierung“ sowie von Helen Roche (Cambridge) über die nationalsozialistischen Eliteschulen. Franka Maubach (Jena) beleuchtete das Verhältnis bürgerlicher Frauen zur NS-Geschlechterpolitik, Tobias Freimüller (Jena) analysierte die Reaktionen des Bürgertums auf die „Erbgesundheitspolitik“ und die „Euthanasie“-Verbrechen des Nationalsozialismus. In seinem Kommentar hob David Abraham (Miami) die hohe Bereitschaft eines ohnehin distinktionsbewussten Bürgertums zur Aneignung und Umsetzung der rassistischen Exklusionspolitik des NS-Regimes hervor.

Das dritte Panel über „Bürger im Krieg“, moderiert von Christina Morina (Amsterdam), nahm deren Verlusterfahrungen und Beharrungskräfte zwischen 1939 und 1945 in den Blick. Die Vorträge von Felix Römer (London) über „Soldatische Gewalt und bürgerliche Lebenswelt“, von Moritz Föllmer (Amsterdam) über „Hochkultur im Krieg“ sowie von Benjamin Lahusen (Berlin) über die Justiz im Dritten Reich verdeutlichten einmal mehr, wie reibungslos sich bürgerliche Traditionen und Wertvorstellungen in den Nationalsozialismus einpassen ließen. Dagegen hob Randall Hansen (Toronto) die überproportional hohe Beteiligung des Bürgertums am späten Widerstand gegen das NS-Regime hervor. Ute Daniel (Braunschweig) plädierte in ihrem Kommentar dafür, die Deutung bürgerlichen Verhaltens im Nationalsozialismus stärker an das ambivalente und brüchige Verhältnis des Bürgertums zur Weimarer Demokratie zurückzubinden.

Im Fokus des letzten Panels über das „Bürgertum danach“ standen die Selbst- und Umdeutungen bürgerlicher Lebensläufe nach 1945. Am Beispiel von Albert Vögler (Tim Schanetzky, Jena), Inge Aicher-Scholl (Christine Friederich, Duisburg), Carlo Schmid (Kristina Meyer, Jena), Martin Niemöller (Benjamin Ziemann, Sheffield) und Giselher Wirsing (Maik Tändler, Jena) thematisierten die fünf Vorträge individuelle biographische Brüche ebenso wie das Exemplarische und Idealtypische in der bürgerlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei lag der Fokus auf dem Umbruch des Jahres 1945 und den Ex-post-Deutungen des eigenen Verhaltens im Dritten Reich. In der Abschlussdiskussion zogen Adelheid von Saldern (Hannover), Bernd Weisbrod (Berlin) und Joachim von Puttkamer (Jena) aus drei unterschiedlichen Perspektiven eine Bilanz des Symposiums, dessen Erkenntnisse nicht zuletzt zum Nachdenken über das gegenwärtige Verhältnis von Bürgerlichkeit, Demokratie und autoritären Bewegungen anregen.





Mitglieder 2016



Julana Bredtmann

Entnazifizierung in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin

Sophia Dafinger

Wissenschaftliche Expertise für Krieg und Kriegsbewältigung nach 1945

Amelie zu Eulenburg

Berlin im Kollaps. Eine Sozialgeschichte der Großstadt 1943-1949

Janine Gaumer

Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf 1980-1989

Lea Horvat

Massenwohnbau in Jugoslawien seit den fünfziger Jahren

David de Kleijn

Das Pferd im „Nachpferdezeitalter“

Martin Kiechle

Die Jenaer Psychiatrie in der DDR

Daria Kozlova

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine

Volker Land

Asyl als Menschenrecht? Politische Debatten in Deutschland 1945-1995

Felix Ludwig

Demokratielehrer. Die Deutsche Hochschule für Politik 1949-1974

Oliver Riegg

„Volksernährung“ in Thüringen

Bernd Rudolph

Fortschrittsvorstellungen und Zukunftsentwürfe der SPD seit 1945

Matthias Thaden

Exilkroatischer Aktivismus in der Bundesrepublik Deutschland

Kristin Tolk

Die Jenaer Psychiatrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Mit *Svea Lehmann*, *Robert Pursche*, *Benedikt Rothhagen* und *Markus Wegwitz* konnten erneut Studierende aus dem Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* als Gastmitglieder an den Seminartagen der Doktorandenschule teilnehmen.

Zehn Jahre Doktorandenschule

Zum Sommersemester 2006 nahm die Doktorandenschule des kurz zuvor gegründeten *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* ihre Arbeit auf. 26 Promovierende verschiedener Lehrstühle des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität zählten damals zu den „Gründungsmitgliedern“. Geleitet wurden die ersten Seminartage von Dozenten aus den USA, aus Großbritannien, Japan und Deutschland. Mit Saul Friedländer und Fritz Stern war die neu eingerichtete Gastprofessur des *Jena Center* in den beiden folgenden Semestern ganz besonders prominent besetzt; ihre Seminartage zählen wohl bis heute zu den „Sternstunden“ der Doktorandenschule.

Seither sind mehr als 80 Promovierende Mitglied der Doktorandenschule gewesen; manche, wie die ausländischen Gastdoktoranden, nur für ein oder zwei Semester, andere oft für mehrere Jahre. Über 100 Seminartage wurden seit dem Sommer 2006 unterrichtet, vor allem von 17 Gastprofessoren aus den USA, aus Großbritannien, aus Israel, Frankreich, Russland und den Niederlanden. Aber auch mehr als 30 Gastdozenten leiteten einzelne Seminartage, darunter nicht nur akademisch tätige Historiker, sondern auch Journalisten, Filmemacher, Publizisten, Lektoren und Archivare. Was gerade Letztere über das Drehen von Dokumentarfilmen, das Schreiben von Rezensionen, die Arbeit im Verlag oder im Archiv vermitteln, unterstreicht einmal mehr, was die Doktorandenschule ihren Mitgliedern ermöglichen soll: über den Tellerrand ihres individuellen Promotionsvorhabens hinauszublicken – nicht nur wissenschaftlich, in der Beschäftigung mit anderen Themen und aktuellen Forschungsdiskussionen, sondern auch mit Blick auf ihre berufliche Zukunft und auf mögliche Betätigungsfelder nach Abschluss der Promotion.

Das zehnjährige Jubiläum der Doktorandenschule bot Anlass, zurückzublicken und zu feiern – mit vielen Ehemaligen, aber auch mit den aktuellen Mitgliedern. Dr. Jacob S. Eder und Dr. Franka Maubach moderierten am 22. Juni 2016 im Auditorium der Graduiertenakademie den Seminartag „Unter uns“, bei dem die „Alumni“ Dr. Marc Bartuschka, Dr. Joachim Hendel, Dr. Martin Morgner und Dr. Nicole Petrick-Felber in Kurzvorträgen über ihre Berufswege seit der Promotion berichteten. Die anschließende Diskussion im Plenum kreiste nicht nur um Tätigkeitsfelder und Karrierechancen bereits Promovierter, sondern auch um Fragen nach der Themenwahl, der Finanzierung und der Vereinbarkeit einer Doktorarbeit mit der privaten Lebensplanung.

Eine besondere Freude und Anerkennung war es, dass auch die Stifter des *Jena Center*, Dr. Nicolaus-Jürgen und Dr. Christiane Weickart, zum zehnjährigen Jubiläum der Doktorandenschule nach Jena kamen und sowohl am Seminartag als auch an der anschließenden Podiumsdiskussion zu Berufsperspektiven für Historiker teilnahmen (siehe S. 11).



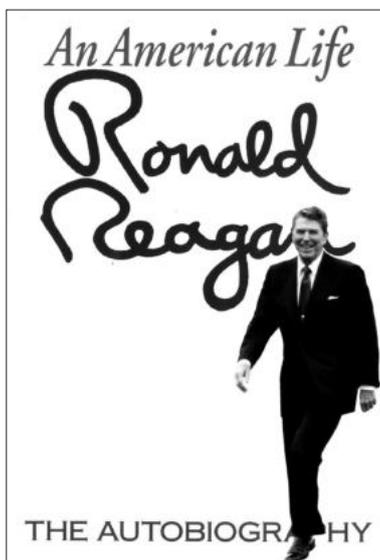


Seminartage mit Carole Fink



Mit der amerikanischen Historikerin Carole Fink konnte das *Jena Center* im Sommersemester 2016 eine der renommiertesten Vertreterinnen der *International History* als Gastprofessorin begrüßen. In ihrem öffentlichen Vortrag unter dem Titel *Rethinking International History. New Tools for an Old Discipline* am 27. April analysierte sie die Entwicklung dieser ursprünglich diplomatiegeschichtlich dominierten Forschungsrichtung und deren allmähliche Öffnung für Einflüsse der verschiedenen *Turns* der Geschichtswissenschaft seit den achtziger Jahren.

Auch bei Carole Finks erstem Seminartag in der Doktorandenschule am 21. April war es bereits um die Perspektivenerweiterung der *International History* durch Kategorien wie *Class, Ethnicity, Race, Gender* und *Memory* gegangen. Der Schwerpunkt lag an diesem Tag aber auf der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen – ein Thema, mit dem sich Carole Fink in den letzten Jahren intensiv beschäftigt hat. Neben Dr. Jacob S. Eder (Jena) nahmen zwei weitere Experten zur deutsch-israelischen Geschichte als Gäste am Seminartag teil: Dr. Jenny Hestermann (Frankfurt am Main) sprach über die Ergebnisse ihrer Forschung zu Staatsbesuchen bundesdeutscher Politiker in Israel seit den sechziger Jahren, Hubert Leber (Berlin) referierte über die Kontroverse um den Verkauf deutscher Panzer an Saudi-Arabien in den achtziger Jahren – eine diplomatische Krise, die letztlich zu einer Stabilisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses führte. Diskutiert wurde im Anschluss vor allem über die Bedeutung einzelner politischer Akteure für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

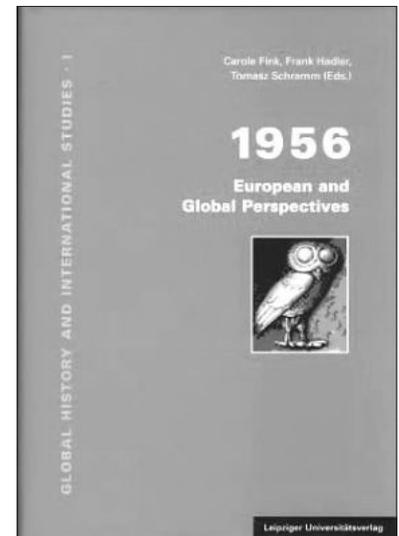


Der biographische Zugriff auf zentrale politische Figuren des Kalten Krieges wie Leonid Breschnew und Ronald Reagan war Gegenstand des zweiten Seminartags am 28. April. Carole Fink sprach einleitend über die spezifischen Herausforderungen einer Biographie, in der es dem Historiker gelingen müsse, den Einstellungswandel der untersuchten Person nachzuzeichnen und deren Widersprüchlichkeiten zu analysieren. Am Beispiel Michail Gorbatschows diskutierte die Gruppe über die Besonderheiten der Biographie eines „gescheiterten Helden“: Um der historischen Komplexität einer solchen Persönlichkeit in ihrer Zeit gerecht zu werden, so der Konsens, müsse von normativen Analysekatoren wie „Scheitern“ oder „Erfolg“ Abstand genommen werden. Zu bedenken sei vielmehr, in welchem Maße Politiker schon während ihrer Amtszeit an ihren eigenen „Legenden“ strickten und auf welche Weise Historiker diese bereits existierenden Bilder und Narrative berücksichtigen und reflektieren sollten. Debattiert wurde auch über den Umgang mit Memoiren als Quelle: Einigkeit herrschte darüber, dass es stets die spezifische Entstehungsgeschichte wie auch die avisierte Leserschaft einer autobiographischen Darstellung zu entschlüsseln und deren Narrative mit anderen Quellen und Interpretationen abzugleichen gelte.

Im Fokus des dritten Seminartags am 29. April stand das Jahr 1956 und seine Verortung in der Geschichte des Kalten Krieges. Erneut ging es um politische Persönlichkeiten, die für die weltpolitisch bedeutsamen Entwicklungen jenes Jahres von ausschlaggebender Bedeutung waren, darunter Nikita Chruschtschow. Als Diskussionsgrundlage diente die Einleitung des von Carole Fink mitherausgegeben Bandes *1956: European and Global Perspectives*. Die Gruppe sprach über die heutige Deutung und Bedeutung des ungarischen Aufstands von 1956 – im Kontext der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung Ungarns unter der Regierung Orbán. Diskutiert wurde auch über Gründe für das Versagen der Vereinten Nationen in der Ungarn- und in der Suezkrise. In Impulsreferaten erörterten David de Kleijn, Markus Wegewitz und Volker Land die Thesen dreier Wissenschaftler zum Einfluss weltpolitischer Entwicklungen auf die Olympischen Spiele in Melbourne 1956 (Barbara Keys), zur Verbindung der Suezkrise mit dem Niedergang Großbritanniens als Weltmacht (G.C. Peden) sowie zu den Folgen der Suezkrise auf die Dekolonisierungsprozesse der sechziger Jahre (Gordon Martel). Alle drei Autoren, so die Bilanz der Doktoranden, seien noch stark von einseitigen Perspektiven und überkommenen Begrifflichkeiten der klassischen Diplomatiegeschichte geprägt. Auch die anschließende Diskussion war von allseitiger Kritik an normativ-bipolaren Sichtweisen auf die Geschichte des Kalten Krieges ebenso wie an der Vorstellung einer linear verlaufenden Fortschrittsgeschichte dieser Zeit dominiert.

Der vierte und letzte Seminartag am 3. Mai widmete sich den *Cold War Myths*. Der Begriff des Mythos, so der Tenor der Diskussion, werde in der Forschung inflationär gebraucht, aber nicht ausreichend klar definiert. Auch seien historische Mythen stets in sich geschlossene Konstrukte, die vorwiegend als Instrumente zur politischen Durchsetzung bestimmter Geschichtsbilder dienten. Am Beispiel verschiedener Texte zeigten die Doktoranden Möglichkeiten zur Dekodierung historischer Mythen auf. Martin Kiechle präsentierte den Aufsatz *The Myths of Eurocommunism* des Philosophen Jean-François Revel, der den Eurokommunismus allein auf sein Gefahrenpotenzial reduziert und damit selbst einen Mythos konstruiert. Daria Kozlova sprach über den Artikel *Founding Myths of Europe and the Role of the Holocaust* des Politikwissenschaftlers Lothar Probst, der das gemeinsame europäische Gedenken an den Zivilisationsbruch zum integrativen Gründungsmythos der EU erklärt – ein Befund, der in der Diskussion eher als Wunschdenken denn als Faktum bewertet wurde. Abschließend referierte Svea Lehmann über einen Text des Wissenschaftshistorikers Slava Gerovitch, der die sowjetische Glorifizierung Juri Gagarins als Prototyp des „neuen sozialistischen Menschen“ im *Space Race* des Kalten Krieges analysiert.

Carole Fink, die als eine besonders diskussionsfreudige und im besten Sinne neugierige Gastprofessorin in Erinnerung bleiben wird, nahm sich auch abseits der Seminartage viel Zeit für die Mitglieder der Doktorandenschule.



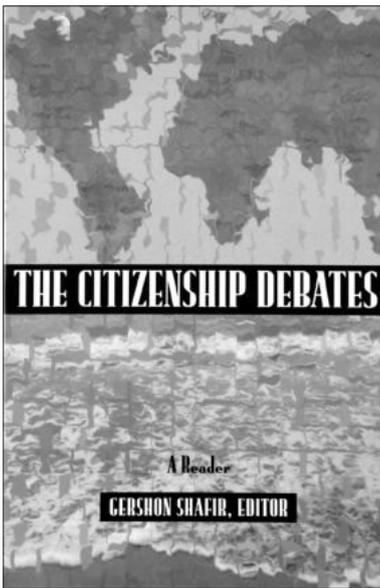


Seminartage mit David Abraham



Der Historiker und Jurist Prof. Dr. David Abraham von der University of Miami hat in den vergangenen Jahren intensiv an Projekten zur Migrationsgeschichte im 20. Jahrhundert gearbeitet. Im Zeichen der „Flüchtlingskrise“ war es deshalb ein besonderer Glücksfall, ihn im Wintersemester 2016/17 als Gastprofessor gewinnen zu können. Nicht nur sein öffentlicher Vortrag am 26. Oktober, auch seine Seminartage in der Doktorandenschule behandelten dieses überaus aktuelle und brisante Thema.

Der erste Seminartag mit David Abraham am 27. Oktober stand unter dem Titel „Political Theory of Citizenship“. Auf der Grundlage des von Gerson Shafir herausgegebenen Readers *The Citizenship Debates* verschafften sich die Mitglieder der Doktorandenschule zunächst einen Überblick über die bedeutendsten Schriften der politischen Ideengeschichte zum Thema Staatsbürgerschaft: von antiken Konzepten zur griechischen Polis über Standardwerke des 20. Jahrhunderts bis hin zu jüngeren Studien. Am Nachmittag stellte Markus Wegewitz das Buch *Citizenship and Immigration* des Soziologen Christian Joppke vor. Die aktuelle Krise europäischer Politik in Fragen der Integration und Einbürgerung von Migranten nahmen die Doktoranden zum Anlass, über die Zukunftsperspektiven transnationaler und multipler Staatsbürgerschaften zu diskutieren. Gefährden liberalistisch-multikulturalistisch inspirierte Staatsbürgerschaftsideen das Gemeinschaftsgefühl von Gesellschaften und den darauf basierenden Wohlfahrtsstaat? Die Gruppe lehnte diese These in einer lebhaften Diskussion ab – mit der Begründung, dass gruppenbasierte Rechte nicht im Widerspruch zu universellen gedacht werden dürften. Staatsbürgerschaftsrechte, die der Vielfalt offener Gesellschaften Rechnung tragen, wirkten nicht etwa desintegrierend, sondern beseitigten Ungerechtigkeiten im Verhältnis von Mehr- und Minderheiten, so die einhellige Meinung.



Nach diesen vorwiegend theoretischen Diskussionen war der zweite Seminartag am 16. November der konkreten Entwicklung des Staatsbürgerschaftsrechts im 20. Jahrhundert gewidmet. Im Zentrum stand ein Vergleich der amerikanischen mit der deutschen Einwanderungspolitik in den vergangenen 200 Jahren. Sophia Dafinger sprach am Beispiel der Biographien Lion Feuchtwangers und Herbert Marcuses über die Flucht deutscher Wissenschaftler und Intellektueller vor dem Nationalsozialismus. Die amerikanische Einwanderungspolitik gegenüber den Emigranten sei von Widersprüchen geprägt gewesen: Einerseits zweifelte man an der Loyalität der „alien enemies“, andererseits wollte man von deren Wissen über das zu bekämpfende NS-Regime profitieren. Mit Blick auf die *longue durée* der US-Einwanderungspolitik erklärte David Abraham, dass die juristische Definition der Nationszugehörigkeit von der Ära der *Reconstruction* nach dem amerikanischen Bürgerkrieg bis hin zum „Krieg gegen den Terror“ nach 9/11 einem stetigen Wandel unterlegen gewesen sei. Felix Ludwig referierte über die Entwicklung der Einwande-

rungspolitik im wilhelminischen Kaiserreich. Mit dem Ziel der Ausgrenzung der polnischen und jüdischen Minderheit habe sich dort im späten 19. Jahrhundert ein regelrechtes Einwanderungsregime etabliert, zu dessen Maßnahmen eine Germanisierungspolitik im Schulwesen, eine restriktive Sprachpolitik, die Wehrpflicht und auch Zwangsumsiedlungen gezählt hätten. Im Zuge dieses Nationalisierungsprozesses unter dem Eindruck völkisch-rassentheoretischer Diskurse seien letztlich Staatsangehörige erster und zweiter Klasse geschaffen worden.

Thema des Seminartags am 17. November war die Einwanderungspolitik in Deutschland, Europa und den USA seit 1945. Ausgehend von Andreas Fahrmeiers Buch *Citizenship. The Rise and Fall of a Modern Concept* erläuterte Daria Kozlova in ihrem Impulsreferat, wie sich das Staatsbürgerschaftsrecht in den USA und in mehreren westeuropäischen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verändert hat. Martin Kiechle präsentierte Thesen des Soziologen Thomas Faist, der die Einwanderungs- und Integrationspolitik der Bundesrepublik und der USA in den achtziger und neunziger Jahren vergleicht und Unterschiede vor allem an den verschiedenen Wohlfahrtsstaatsmodellen der beiden Länder festmacht – politikbasiert versus marktbasierend. Auf der Grundlage einer Studie von Douglas Klusmeyer und Demetrios Papademetriou von 2009 referierte David de Kleijn über die Entwicklung migrations- und integrationspolitischer Positionen in der „Berliner Republik“ – so etwa über die seit dem Jahr 2000 mehrfach von CDU-Politikern angestoßene Debatte über eine deutsche „Leitkultur“ und ihre Kritik am „Multikulturalismus“.

Am 13. Dezember traf sich die Doktorandenschule zum vierten und letzten Mal mit David Abraham, um erneut über die Entwicklung der Migrationspolitik seit 1945 zu diskutieren. Gemeinsame Lektüregrundlage war das kurz zuvor bei Suhrkamp erschienene Buch *Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert* von Dieter Gosewinkel. In ihren Impulsreferaten erörterten Julana Bredtmann, Matthias Thaden und Lea Horvat Gosewinkels vergleichende Analyse des Staatsbürgerbegriffs und seiner unterschiedlichen Definitionen im geteilten Deutschland sowie seine Ausführungen zur Ethnisierung der staatsbürgerlichen Teilhabepolitik in ehemaligen Kolonialstaaten. Ein weiteres Thema war Gosewinkels Kapitel zur Verschärfung der Zuwanderungspolitik in Westeuropa seit den achtziger Jahren. Kritisch angemerkt wurde in der Diskussion, dass der Autor in seiner Analyse der jeweiligen Gesetzgebung teils zu wenig auf deren politische Umsetzung und gesellschaftliche Folgen eingegangen sei.

David Abrahams Gastprofessur war von vielen intensiven und nicht selten auch besorgten Diskussionen geprägt: über die gegenwärtige Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und Europa, aber auch über die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, die während Abrahams Aufenthalt in Jena – und einen Tag vor seinem 70. Geburtstag – stattfand.



Marxismus als Erfahrungsgeschichte



Die sogenannte Soziale Frage, mit der die dramatischen Folgen der Industrialisierung umschrieben werden, hat im Laufe des 19. Jahrhunderts viele verschiedene Antworten hervorgebracht. Den Aufstieg des Marxismus kann man als einen Antwortversuch auf diese Frage verstehen, die stets eine politische war. In keiner anderen modernen politischen Bewegung wurde der Anspruch, ihr „theoretisches“ Verständnis mit der als „Praxis“ verstandenen Veränderung der sozialen Wirklichkeit in Einklang zu bringen, so leidenschaftlich vertreten wie unter den ersten Anhängern der Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels.

In ihrer 2016 abgeschlossenen und an der Universität Jena eingereichten Habilitationsschrift deutet Dr. Christina Morina, langjährige Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte und inzwischen DAAD-Lektorin in Amsterdam, die individuelle Hinwendung zu Marx als das politische Engagement einer Handvoll europäischer Intellektueller und widmet sich dabei vor allem den in Selbstzeugnissen überlieferten Lektüreerfahrungen und Wirklichkeitsbezügen. Im Zuge dieser intellektuellen wie emotionalen Hingabebewegung entwickelten sich die für die Studie ausgewählten Protagonisten – Victor Adler, Eduard Bernstein, Jules Guesde, Jean Jaurès, Karl Kautsky, Wladimir I. Lenin, Rosa Luxemburg, Georgij V. Plechanow und Pjotr B. Struve – zu den Erfindern einer der einflussreichsten politischen Weltanschauungen der Moderne.

Trotz der umfangreichen Sekundärliteratur zur Sozialismusgeschichte war bisher wenig über die konkreten Marx- und Wirklichkeitsaneignungen der ersten marxistischen Intellektuellen bekannt – eine Lücke, die Christina Morina mit ihrem gruppenbiographischen Porträt dieser Gründergeneration füllt. Sie zeigt, dass die Anziehungskraft der Marx'schen Werke ursprünglich nicht in der Vermittlung einer utopischen Zukunftsperspektive lag, sondern in dem Anspruch, die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dynamiken zu erklären, die die Gesellschaften Europas im Zeitalter des Kapitalismus erfasst hatten. Gerade der für „wissenschaftlich“ erklärte diesseitige Gegenwartsbezug versprach die „wirkliche“ Erkenntnis und damit auch Veränderung einer von sozialer Not und gravierenden gesellschaftlichen Konflikten geprägten Welt. Die Studie rekonstruiert somit die Anfänge des Marxismus jenseits der konventionellen theorie- und programmgeschichtlichen Pfade erstmals aus einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive und trägt so zum Verständnis der Anziehungs- und Mobilisierungskraft einer politischen Weltanschauung bei, die sich im 20. Jahrhundert als (Staats-)Ideologie folgenreich ausbreiten sollte.

Im September 2017 erscheint die Studie von Christina Morina unter dem Titel *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte* im Siedler Verlag.

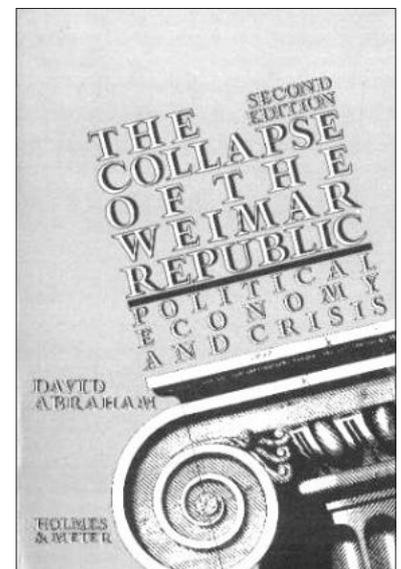


Die Historisierung der „Abraham Affair“

Als David Abrahams Buch *The Collapse of the Weimar Republic* 1981 erschien, waren die Rezensenten voll des Lobes. Zwar mochte nicht jeder das neomarxistische Theoriegebäude der Studie, aber ihre politökonomische Analyse hielten doch die meisten für weiterführend: Abraham kam zu dem Befund, dass im Laufe der zwanziger Jahre alle denkbaren Allianzen zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Parteien an mangelnder Konsensbereitschaft gescheitert waren, so dass die Regierungsbeteiligung der NSDAP am Ende beinahe unumgänglich wurde. Zwei Jahre später standen das Buch und sein Autor im Mittelpunkt einer hitzigen Kontroverse. Kritiker wie Henry A. Turner und Gerald D. Feldman erkannten in falschen Zitaten und fehlerhaften Fußnoten eine Fälschungsabsicht. Demgegenüber stellten Abrahams Verteidiger heraus, dass eine Korrektur der sachlichen Fehler die vielgelobte Argumentation des Buches nicht in Frage stelle.

In seinem neuen Forschungsprojekt wird PD Dr. Tim Schanetzky die Geschichte jener „Abraham Affair“ erstmals quellengestützt rekonstruieren. Damals stand nicht nur die Karriere eines Assistenzprofessors in den USA auf dem Spiel, sondern es ging auch um Grundfragen der Geschichtswissenschaft in einer Phase der methodologischen Neuorientierung. Welchen Objektivitäts- und Wahrheitsanspruch konnte Geschichtsschreibung angesichts ihres immer gründlicher reflektierten Konstruktionscharakters überhaupt noch haben? Welche diskursiven Allianzen bildeten sich dies- und jenseits des Atlantiks, und welche institutionellen Änderungen resultierten aus dem Streit?

Parallel zur Diskussion um Abrahams Buch wurde in den frühen achtziger Jahren auch über Hitlers Wähler, über Brünings Handlungsspielräume in der Weltwirtschaftskrise und nicht zuletzt über die Deutung und Bedeutung von Nationalsozialismus und Holocaust in der Gegenwart intensiv gestritten. In diesem Kontext war die „Abraham Affair“ kein rein akademischer Streit, sondern Teil einer breiten gesellschaftspolitischen und intellektuellen Auseinandersetzung in der Schlussphase des Kalten Krieges, über die es mehr zu erfahren gilt. Tim Schanetzky wird die damalige Debatte historisieren und in ihren zeitgeschichtlichen Kontext stellen. Die Fritz Thyssen Stiftung finanziert die für sein Projekt notwendigen Archivistudien.



Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf



Nicht gefährlicher als eine Fahrradspeichenfabrik sei eine Wiederaufarbeitungsanlage – diese Einschätzung des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß galt den Atomkraftgegnern als Beweis für die Arroganz einer Politik, die eine Hochrisikotechnologie gegen den Willen weiter Teile der Bevölkerung durchsetzen wollte. Über den Konflikt um die Kernenergie handelte die westdeutsche Gesellschaft in den achtziger Jahren Risikobewertungen, demokratische Praxis und die Legitimität staatlichen Handelns aus – so die Ausgangsthese der inzwischen eingereichten Dissertationsschrift von Janine Gaumer über die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Aufgrund der Proteste gab die Energiewirtschaft dieses heftig umkämpfte Projekt in der bayerischen Oberpfalz nach dreijähriger Bauzeit 1989 wieder auf.



Im letzten Jahrzehnt der „alten“ Bundesrepublik vollzogen sich einschneidende Veränderungen: Die Einstellung weiter Teile der Gesellschaft zur Atomenergie wandelte sich – auch in der Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl – rapide, die Debatten über politische Partizipation und Demonstrationsfreiheit erreichten ihren Höhepunkt, und die westdeutsche Umweltbewegung hielt mit der neuen Partei der Grünen allmählich Einzug ins politische System. All dies waren keine unkomplizierten Prozesse. Unter dem Stichwort „Widerstand“ schlossen sich in Wackersdorf unterschiedlichste Akteure – von konservativen Bürgerinitiativen bis hin zu linksradikalen Atomkraftgegnern – zu einem Protestbündnis zusammen, das sich als persönlich „betroffene“ Notwehrgemeinschaft gegen eine lebensgefährliche Politik verstand. Der Konflikt mit der Polizei, die erst im Verlauf der Auseinandersetzung begann, sich auch als Garant demokratischer Bürgerrechte und nicht nur als Beschützerin staatlicher Macht zu begreifen, eskalierte.



Die Proteste der Anti-Atomkraftbewegung lassen sich jedoch nicht nur auf das Wackersdorfer Baugelände reduzieren: Vor dem Hintergrund der seit den siebziger Jahren geführten Debatten über mehr Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen interagierten die Atomkraftgegner auch mit der staatlichen Verwaltung, die ihrerseits vom eingeforderten Mitspracherecht überfordert schien. Trotz zahlreicher Verwerfungen zwischen Staat und Bevölkerung, die von vielen Zeitgenossen als Niedergangsszenarien der Demokratie empfunden wurden, trug der Konflikt um die Kernkraft dazu bei, dass sich die Bundesrepublik von einer auf Konsolidierung ausgerichteten Nachkriegsgesellschaft zu einer dauerhaft beständigen Demokratie entwickelte, in der Interessenkonflikte durch Konsens gelöst werden können – eine Eigenschaft demokratischer Gesellschaften, die gegenwärtig erneut zur Disposition zu stehen scheint.

Internetportal zur Geschichte der Menschenrechte

Anfang 2016 konnte das Internetportal „Quellen zur Geschichte der Menschenrechte“ (www.geschichte-menschenrechte.de) freigeschaltet werden – ein Projekt des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Arbeitskreises „Menschenrechte im 20. Jahrhundert“, der von Prof. Dr. Norbert Frei geleitet wird. Mit dem *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* ist der Arbeitskreis auch durch PD Dr. Annette Weinke sowie durch Dr. Daniel Stahl eng verknüpft, der die digitale Plattform als Wissenschaftlicher Sekretär des Arbeitskreises redaktionell betreut. Neben einer Vielzahl eingehend kommentierter Schlüsseldokumente der Menschenrechtsgeschichte präsentiert das neue Portal eine Sammlung lebensgeschichtlicher Interviews mit maßgeblichen Akteuren sowie eine Mediathek mit Aufzeichnungen bisheriger Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen.

Mit den lebensgeschichtlichen Interviews, die von Mitgliedern des Arbeitskreises geführt, aufgezeichnet und transkribiert werden – bislang sind 14 Interviews abrufbar –, entsteht ein Quellenkorpus zur biographischen Dimension der Entwicklung der Menschenrechte, der neue Deutungsangebote für deren Aufstieg zum Signalbegriff internationaler Politik im 20. Jahrhundert eröffnet: Wie reflektieren die Akteure der Menschenrechtspolitik ihren Werdegang? Welchen Erfahrungen messen sie besondere Bedeutung bei und wie interpretieren sie diese? Wie bewerten sie ihr eigenes Engagement und die öffentliche Resonanz darauf?

Die Kommentierung von Schlüsseltexten zur Geschichte der Menschenrechte reagiert auf die jüngsten Entwicklungen dieses Forschungsfeldes. Denn viele neuere Studien haben gezeigt, dass der herkömmliche Kanon von Dokumenten, die für das Verständnis der Menschenrechtsgeschichte als relevant erachtet wurden, eindimensional und unzureichend ist. Mittels bislang unbeachteter Quellen und deren fundierter Kommentierung bietet das Internetportal neue Perspektiven auf die Geschichte der Menschenrechte. Auswahlkriterium sind dabei nicht allein der Bekanntheitsgrad oder die Wirkmächtigkeit einer Quelle: Manche der ausgewählten Schlüsseltexte stehen vielmehr für eine Tradition, die aus dem einen oder anderen Grund abbrach oder die sich gegen die Idee und Praxis der Menschenrechte wandte. Ziel der Quellenauswahl ist es, das gesamte für das Thema relevante Spektrum an Akteuren, Diskursen und Instrumentalisierungszusammenhängen exemplarisch abzubilden und Interpretationsangebote zu liefern.



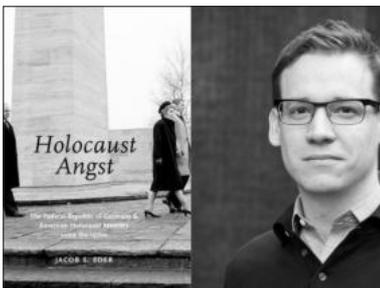


Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte



Für ihre Dissertationschrift *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1974*, die Ende 2015 in einer bis 1990 erweiterten Fassung im Wallstein Verlag erschienen ist, hat Dr. Kristina Meyer den alle zwei Jahre ausgelobten Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 erhalten. Die Preisverleihung fand am 19. Februar 2016 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin statt. Nach einer Laudatio des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel diskutierte Kristina Meyer mit Bundestagspräsident a.D. Wolfgang Thierse und Prof. Dr. Christoph Kleßmann über die zentralen Thesen ihrer Untersuchung. Auf die Preisverleihung folgten zahlreiche Einladungen zu Buchvorstellungen und Podiumsveranstaltungen im In- und Ausland.

„Holocaust Angst“ im Gespräch



Im Dezember 2016 hat Dr. Jacob S. Eder seine an der University of Pennsylvania abgeschlossene Dissertation über *Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s* bei Oxford University Press veröffentlicht. Bereits vorab war die Arbeit mit dem Fraenkel Prize in Contemporary History der Wiener Library London, dem Betty M. Unterberger Dissertation Prize der Society for Historians of American Foreign Relations und dem Marko Feingold Dissertationspreis von Stadt, Land und Universität Salzburg ausgezeichnet worden. Dem Wissenschaftsportal L.I.S.A. der Gerda Henkel Stiftung gab Jacob Eder ein ausführliches Interview zu seinem vielbesprochenen Buch, das unter lisa.gerda-henkel-stiftung.de/holocaust_angst nachzulesen ist.

Zu Gast in Princeton



Im Rahmen des 2014 zwischen der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Princeton University vereinbarten *Exchange Programs* konnten mit PD Dr. Annette Weinke vom Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte und Dr. Juliane Tomann vom Imre Kertész Kolleg zwei weitere Jenaer Wissenschaftlerinnen mit einem Post-doc-Stipendium für jeweils zehn Monate nach Princeton gehen. Annette Weinke war von September 2015 bis Juni 2016 an der renommierten Universität in New Jersey und entwickelte in dieser Zeit ihr neues Forschungsprojekt zu transatlantisch agierenden Völkerrechtswissenschaftlern im 20. Jahrhundert. Juliane Tomann ist seit September 2016 Gastwissenschaftlerin in Princeton und arbeitet an ihrem Habilitationsprojekt über *Living History* in Deutschland, Polen und den USA.

Erinnerungsorte der DDR

Wie erinnert man sich an die DDR ein Vierteljahrhundert nach ihrem Ende? Während die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der „alten Bundesrepublik“ mit zeitlicher Verzögerung begann und eine breite gesellschaftliche Debatte erst seit den achtziger Jahren zu beobachten ist, begann die Konfrontation mit der DDR-Vergangenheit unmittelbar nach 1989/90. Bis heute ist der historische Ort der DDR allerdings strittig, und noch immer wird über ihre vermeintliche Verklärung oder Verdammung debattiert.

Nach dem sehr positiven Echo, das ihr Exkursionsseminar zu den Erinnerungsorten des Nationalsozialismus 2015 gefunden hatte, boten Dr. Jacob S. Eder und Dr. Tobias Freimüller im Sommersemester 2016 ein analog konzipiertes Seminar mit Exkursion zum Thema „Erinnerungsorte der DDR. Die Nachgeschichte der SED-Diktatur in Wissenschaft und Öffentlichkeit“ an. Im Seminar wurde die strafrechtliche Aufarbeitung der Diktatur ebenso behandelt wie die unterschiedlichen Formen ihrer Repräsentation in Schule, Universität und politischer Bildung. Im Anschluss an die Vorlesungszeit fand die einwöchige Exkursion mit den Studierenden statt.

Auf dem Programm standen Orte, an denen die DDR-Vergangenheit in Form nostalgischer Sammlungsbestände repräsentiert ist, wie die Museumsbaracke „Olle DDR“ in Apolda, aber auch staatliche Einrichtungen wie die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt oder das Dokumentationszentrum Berliner Mauer. Intensiv diskutiert wurde die Rolle und die Zukunft solcher Erinnerungsorte, die oftmals von ehemaligen Dissidenten oder zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert wurden und inzwischen ihrerseits Zeitzeugnisse vergangener Jahrzehnte sind – wie etwa das Museum in der Runden Ecke (Leipzig), mehrere kleine Ausstellungen am ehemaligen Grenzbahnhof Probstzella oder das Mauermuseum Checkpoint Charlie in Berlin. Neben der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besuchte die Gruppe auch die Gedenkstätte „Geschlossener Jugendwerkhof“ in Torgau, eine ehemalige „Disziplinierungsanstalt“ für „auffällige“ Jugendliche, die heute zum größten Teil aus einer Wohnanlage besteht.

Insgesamt, so ließ sich nach der ebenso anstrengenden wie anregenden Exkursion bilanzieren, zerfällt die Erinnerung an die DDR in scharf getrennte Bereiche: Erinnerungsorte, die ein vielgestaltiges DDR-Bild vermitteln, leiden entweder an einer gewissen Betulichkeit (wie das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig) oder an einer hemmungslosen Anpassung an die vermuteten Interessen erlebnisorientierter Touristen (wie das „DDR-Museum“ in Berlin). Noch immer stehen sich eine weitgehend unkritische, (n)ostalgische Präsentation vergangener Lebenswelten und eine betont kritische Aufarbeitung des „Unrechtsstaates“ DDR recht unvermittelt gegenüber.





Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts

Zum Wintersemester 2016/17 nahm der neunte Jahrgang des interdisziplinären Masterstudiengangs *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* seinen Betrieb auf. Die nachfolgenden exemplarischen Selbstporträts sind der Homepage des Masterstudiengangs entnommen.

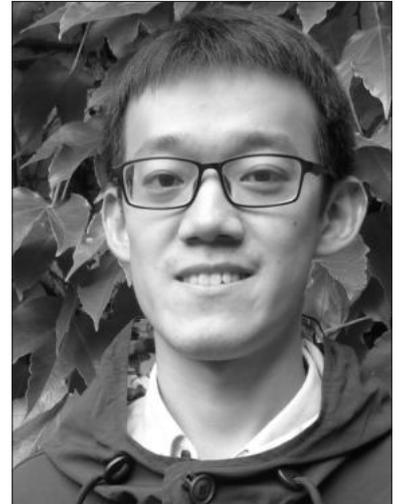


Mein Name ist Lisa Rethmeier, ich bin 24 Jahre alt und in Köln aufgewachsen. Ich habe bereits das Bachelorstudium mit Kernfach Geschichte und Nebenfach Germanistische Literaturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena absolviert. Die attraktiven Wahlmöglichkeiten und die lokalgeschichtliche Vielfalt meiner Bachelor-Disziplinen haben mich schon vor dem Master nach Jena gelockt. Doch das Ziel war und ist der Master *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts*. Im ersten Bachelorsemester kam ich mit der Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar in Berührung. Aus dem Studienpraktikum im zweiten Semester ergab sich meine bis heute andauernde, freie Mitarbeit in der Gedenkstättenpädagogik. Die pädagogische Arbeit an einem „verunsichernden Ort“ mit vornehmlich jungen Menschen ist für mich eine faszinierende Schnittstelle von Vergangenheit und Gegenwart, die mit dem Verschwinden der Zeitzeugen einen Wendepunkt ansteuert. Die Auseinandersetzung mit Erinnerung und Gedenken an das 20. Jahrhundert ist für mich auch insgesamt besonders interessant. Sie bieten eine vielfältige Reflexions- und Gestaltungsfläche für die Forschung und die Zukunft. Beides will ich intensiver erforschen, hinterfragen und – sofern möglich – mitgestalten. Geschichte zu bewahren – in was für pädagogischen und medialen Formaten das auch immer sein wird – sehe ich als (berufliche) Zukunftsaufgabe.



Ich heiße János Varga, bin 23 Jahre alt und komme aus Dietenheim, an der Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Nach dem Abitur und einem Freiwilligendienst in Tansania habe ich in Magdeburg Journalistik und Medienmanagement studiert, und in diesem Bereich möchte ich auch später einmal arbeiten. Aber weil jeder (werdende) Journalist ein Fachgebiet braucht, hole ich mir beim Master GP20 erst noch das nötige Hintergrundwissen in Politik und Geschichte. Ich will nicht nur aktuelle politische Situationen, sondern auch deren historischen Zusammenhang verstehen und erklären können. Mit dem *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* gibt es an der Friedrich-Schiller-Universität eines der besten Forschungsinstitute auf diesem Gebiet. Außerdem ist Jena einfach eine super Studentenstadt: Nicht zu klein, nicht zu groß, nicht zu teuer, nicht zu altmodisch, nicht zu modern. Und bald wieder mit einem Fußballclub in der dritten Liga (klopfklopf)!

Ich heiße Lin Zixiong und bin 22 Jahre alt. Schon zu Schulzeiten fand ich Geschichte faszinierend, daher habe ich an der Heilongjiang-Universität im Nordosten Chinas meinen Bachelor in Geschichte gemacht und mich dabei vor allem mit der Geschichte Chinas und mit Globalgeschichte befasst. Auch mein Interesse an der deutschen Geschichte wurde in dieser Zeit geweckt. Leider gibt es in China nur wenige Universitäten, an denen man deutsche Geschichte im Master studieren kann. Der Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* in Jena bietet die Möglichkeit, Geschichte mit anderen geisteswissenschaftlichen Fächern zu kombinieren, was mir sehr gut gefllt. Solche Einblicke in die Theorien und Methoden anderer Disziplinen helfen dabei, Geschichte aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Ich freue mich darauf, während meines Studiums in Jena nicht nur wissenschaftliche, sondern auch menschliche Erfahrungen zu sammeln.



Mein Name ist Sibylle Wuttke (22 Jahre alt). Aufgewachsen und zur Schule gegangen bin ich in Weimar. Dieser geschichtsträchtige Ort hat mich schon früh in Verbindung mit unterschiedlichen Epochen der deutschen Geschichte gebracht und mein Interesse an historischen, kulturellen und politischen Fragen geweckt. In der Schule waren meine Interessen zwar breit gestreut, allerdings haben mich meine Kurse in Geschichte und Sozialkunde in der Oberstufe besonders fasziniert. Meinen Bachelorstudiengang in Geschichte absolvierte ich deswegen an der Universität Leipzig von 2013 bis 2016. Besonders fasziniert und interessiert hat mich während des Studiums die Frage nach dem Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus. Im Sommer 2015 entschloss ich mich deshalb dazu, ein freiwilliges, zweimonatiges Praktikum an der Gedenkstätte Buchenwald zu absolvieren. Neben der ausführlichen Beschäftigung mit Geschichte in meinem Kernfach bot mir der frei gestaltbare Wahlbereich der Universität Leipzig die Möglichkeit, einen Einblick in andere Fachbereiche, wie beispielsweise die Politikwissenschaft, zu erlangen. Als ich vom Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* hrte, wurde ich sofort aufmerksam. Zum einen habe ich mich über den Schwerpunkt 20. Jahrhundert gefreut. Zum anderen spricht mich im Besonderen der interdisziplinäre Ansatz an. Ich finde es außerordentlich wichtig, dass historische Themen nicht ausschließlich aus der geschichtswissenschaftlichen Perspektive betrachtet werden. Ein politikwissenschaftlicher und soziologischer Ansatz ist besonders für das 20. Jahrhundert unabdinglich. Nach dem Studium würde ich sehr gerne an einer Gedenkstätte oder in einem Museum arbeiten.





Annette Weinke Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit

Transnationale Debatten über deutsche Staatsverbrechen
im 20. Jahrhundert



Mit dem Aufkommen des modernen Kriegsvölkerrechts im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts veränderte sich der Blick auf die verschiedenen Erscheinungsformen staatlich organisierter Gewalt. Am Beispiel politischer, rechtlicher und wissenschaftlicher Debatten um deutsche (Massen-)Gewalt, die über ein knappes Jahrhundert und in verschiedenen zeitlichen und räumlichen Zusammenhängen beleuchtet werden, geht Annette Weinke dem sich wandelnden Charakter des humanitären Völkerrechts nach und fragt nach den Verschränkungen von historischer Erfahrung, Historiographie, Recht und (Moral-)Politik. Ihre Untersuchung betritt historisches Neuland, indem sie erstmals die wirklichkeitskonstituierenden Wirkungen des Völkerstrafrechts und der Menschenrechte in eine längere zeitliche Perspektive rückt. Im Fokus stehen dabei deutsche Völkerrechtsverstöße im Ersten Weltkrieg, die nationalsozialistischen Massenverbrechen, der Holocaust sowie das Systemunrecht der DDR.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 19
Wallstein Verlag Göttingen, erschienen April 2016, 372 Seiten

Das 20. Jahrhundert erzählen

Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland
Herausgegeben von Franka Maubach und Christina Morina



Im Kalten Krieg war die Zeitgeschichtsforschung Medium und Mittel ideologischer Auseinandersetzung. Dennoch blieben Historiker im geteilten Deutschland stets aufeinander bezogen. Was sie unweigerlich verband, war die im doppelten Sinne geteilte Erfahrung im „Zeitalter der Extreme“. Ihre Fragen an die Epoche ähnelten sich, ihre Antworten lagen indes meist weit auseinander – ein Dialog blieb schwierig. Neun Autorinnen und Autoren fragen in diesem Buch einerseits nach dem Zusammenhang von (Lebens-)Erfahrung und (Geschichts-)Wissenschaft. Andererseits untersuchen ihre auf Schlüsselereignisse des 20. Jahrhunderts fokussierten Beiträge Resonanzen und Beziehungen innerhalb der gespaltenen Wissenschaft, thematisieren Werkrezeptionen, innerdeutsche Kontroversen und grenzübergreifende Einflüsse, Marginalisierungen und Blockaden. Auf diese Weise wird die Geschichte der durch Krieg, Holocaust und Teilung herausgeforderten Zeitgeschichtsforschung erstmals als Kapitel einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte erzählt.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 21
Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Oktober 2016, 508 Seiten

Mary Fulbrook

Erfahrung, Erinnerung, Geschichtsschreibung

Neue Perspektiven auf die deutschen Diktaturen

Wie werden Menschen von der Zeit beeinflusst, in die sie hineingeboren wurden? Wie finden ihre individuellen Erinnerungen Niederschlag, nicht nur in der öffentlichen Repräsentation von Geschichte, sondern auch in ihren Lebensweisen und Handlungen? Was bedeutet eine solche Herangehensweise für die Geschichtswissenschaft? Gilt der traditionelle Anspruch von Objektivität in der Geschichtsschreibung überhaupt noch, in Anbetracht der Katastrophen des 20. Jahrhunderts? Und wenn wir Subjektivität in die Geschichte einbeziehen wollen, ohne Strukturen und Ereignisse aus den Augen zu verlieren, welche neuen Formen der Geschichtsschreibung können und sollten wir entwickeln? Mary Fulbrook widmet sich diesen Fragen mit Blick auf die beiden deutschen Diktaturen. Sie setzt sich dabei kritisch mit dem Begriff des „kollektiven Gedächtnisses“ auseinander und betont die Bedeutung individueller Erfahrungen und generationeller Prägungen für unser Verständnis der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Vorträge und Kolloquien, Bd. 17

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Juli 2016, 238 Seiten



Moshe Zimmermann

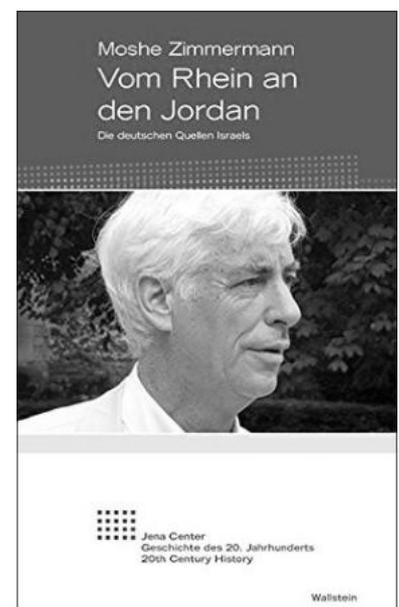
Vom Rhein an den Jordan

Die deutschen Quellen Israels

Nur eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung Israels stammt aus Deutschland, aber bis heute prägen mitgebrachte Traditionen und Werte dieser Minderheit die israelische Gesellschaft. Moshe Zimmermann analysiert die deutschen Einflüsse an den Beispielen Jugendbewegung, Militarismus und Sport. Die geopolitische Entwicklung des Staates Israel nimmt er zum Anlass für einen vergleichenden Blick auf die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert: Nicht erst die Zeit des Nationalsozialismus, sondern bereits die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs war für das Gebiet des heutigen Israel und seine Bewohner eine prägende Erfahrung. Im Mittelpunkt der Betrachtung deutscher Einflüsse auf die Geschichte und Gegenwart Israels steht freilich die Erinnerung an die Shoah und die Frage nach einer „Normalisierung“ der Beziehungen. In einem abschließenden Gespräch reflektiert Moshe Zimmermann über seine Rolle als Historiker, politischer Kommentator und Fußball-experte zwischen Deutschland und Israel.

Vorträge und Kolloquien, Bd. 18

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen August 2016, 192 Seiten





Leitung	Prof. Dr. Norbert Frei
Stellvertretung	PD Dr. Annette Weinke
Mitglieder	PD Dr. Jörg Ganzenmüller Prof. Dr. Anke John Prof. Dr. Volkhard Knigge Prof. Dr. Thomas Kroll Prof. Dr. Gisela Mettele Prof. Dr. Jörg Nagler Prof. Dr. Joachim von Puttkamer PD Dr. Tim Schanetzky
Internationaler Beirat	Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Warschau) Prof. Dr. Philippe Burrin (Genf) Prof. Dr. Saul Friedländer (Los Angeles) Prof. Sir Ian Kershaw (Sheffield) Prof. Dr. Charles S. Maier (Cambridge, MA) Prof. Dr. Lutz Niethammer (Jena) Prof. Dr. Henry Rousso (Paris) Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Moskau) Prof. Dr. Fritz Stern (New York) †
Wissenschaftliche Geschäftsführung	Dr. Kristina Meyer
Wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte	Felix Krone Christoph Renner Benedikt Rothhagen
Finanzierung	Gründung und laufende Finanzierung des <i>Jena Center</i> beruhen auf einer großzügigen privaten Spende von Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart.

Impressum:

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts
Historisches Institut
Friedrich-Schiller-Universität Jena
07743 Jena

Jena.Center@uni-jena.de
www.JenaCenter.uni-jena.de
Redaktion: Dr. Kristina Meyer